

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 10 (1969)
Heft: 24

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Mittelamerika:

Noch gespannter als vor dem Krieg zwischen El Salvador und Honduras

In *Mittelamerika* haben sich die Gemüter noch immer nicht beruhigt. Der Außenminister von *El Salvador*, Francisco José Guerrero, behauptete, dass die Lage zwischen seinem Land und *Honduras* noch schlechter sei als vor dem Ausbruch des Krieges.

Er sagte, dass *Honduras* sich weigere, den Verkehr auf der durch *Honduras* führenden Strecke der Panamerika-Strasse für Güter und Fahrzeuge aus *El Salvador* wieder freizugeben.

Die Sperrung dieser Verkehrsstrasse schädige den mittelamerikanischen Handel, da der Schiffs-transport über den Golf von Ponceca nicht ausreichend sei. Nur wenige Tage darauf wurde der freie Handelsaustausch zwischen *El Salvador* und *Nicaragua* unterbrochen, und es bestehen ferner grosse Schwierigkeiten für den Handel zwischen *El Salvador* einerseits und *Costa Rica* und *Guatemala* andererseits. Guatemala bezichtigte *El Salvador* des Dumpings zum Schaden der guatemaltekischen Kleinbauern. Man sieht die gegenwärtige Wirtschaftskrise in Mittelamerika als eine Folge des «Fussballkrieges» vom Juli dieses Jahres, der die normale Durchführung der multilateralen Abkommen unterbrochen habe. Die salvadorianische Produktion, die früher auf dem honduranischen Markt Absatz fand, wird jetzt in ungeordneter Weise in anderen Ländern auf den Markt geschleudert, wodurch die bisher bestehende prekäre Stabilität dieser Länder gestört wird.

Washingtons Vorsätze

Präsident Nixon hat seine Politik gegenüber den lateinamerikanischen Staaten in einer lang erwarteten Rede auseinandergesetzt.

Nixon versprach unter anderem die Entwicklungshilfe fortzusetzen, nannte jedoch keinen Betrag für die künftigen Lateinamerika-Kredite, da diese von dem nordamerikanischen Kongress festgesetzt werden müssen. Der Präsident vermied auch die bei seinen Vorgängern üblichen Erklärungen über die Verteidigung der Demokratie, betonte jedoch, dass die Bevölkerung Lateinamerikas in den Mittelpunkt der Bemühungen der Vereinigten Staaten gestellt und dass die USA alles tun werden, um zur Befriedigung ihrer wirtschaftlichen, sozialen und menschlichen Bedürfnisse beizutragen. Nixon gab seiner Ueberzeugung Ausdruck, dass es die Hauptaufgabe der USA sei, die lateinamerikanischen Eigeninitiativen zu unterstützen. Andererseits versprach er, zu versuchen, die derzeitigen Handelsschranken abzubauen, und in bezug auf die Liberalisierung der Wirtschaftshilfe gab er die sofortige Befreiung von der Lieferbindung für die über die US-Entwicklungshilfe-Organisation AID vergebenen Kapitalhilfen bekannt. Die lateinamerikanischen Staaten sind also nicht mehr verpflichtet, die nordamerikanischen Kredite oder Wirtschaftshilfe in USA-Gütern anzulegen, sondern sie werden auch Ausrüstungen in anderen lateinamerikanischen Ländern kaufen und mit US-Mitteln finanzieren können.

... und der Terror lässt nicht nach

Die *Terrorwelle* in Lateinamerika hat auch in diesem Monat nicht nachgelassen.

Zum zweiten Jahrestag des Todes von «Che» Guevara in Bolivien überfiel eine zahlreiche Gruppe

der *uruguayischen* städtischen Guerilla-Bewegung «Tupamaros» das Städtchen Pando, 40 km vom Zentrum Montevideos entfernt. Sie täuschten ein Begräbnis vor und fuhren mit mehreren Leichenbestattungswagen in die 10 000-Bewohner-Stadt, überfielen die Polizeistation und die Feuerwehrzentrale und zerschnitten die wichtigsten Telephonkabel. Daraufhin machten sie sich in verschiedenen Gruppen daran, vier Banken auszurauben. Fünfzehn Minuten lang schien Pando in den Händen der Extremisten zu sein, dann rückten jedoch Polizei- und Heeresseinheiten mit Hubschraubern und Flugzeugen aus Montevideo an und zwangen die «Tupamaros» zur Flucht. Drei Extremisten wurden getötet, über zwanzig wurden festgenommen und fast 30 konnten entkommen. Andererseits konnte die Polizei trotz zahlreicher Razzias keine Spur des gekidnappten Zeitungsverlegers und Bankdirektors Pellegrini-Giampietro (Sohn des letzten Finanzministers Mussolinis) auffinden, der seit dem 9. September verschwunden ist.

In *Peru* und auch in *Ecuador* haben die betreffenden Regierungen wieder gegen Guerillas zu kämpfen. In Guayaquil, der zweiten Stadt von Ecuador, fand eine Reihe von Explosionen und Bränden statt. Der derzeitige Vizepräsident Jorge Zavala und der ehemalige Präsident und heutige Senator Carlos Julio Arosemena stehen unter dem Verdacht, die kubanisch inspirierten Guerillas sowohl moralisch als auch finanziell unterstützt zu haben, wie aus der Aussage eines gefangengenommenen Terroristenführers, der den Bewegungen «Ho Chi Minh» und «Auschirry» angehört hatte, zu entnehmen ist.

In *Kolumbien* gehen die Entführungen erfolgreich weiter, und die Regierungstruppen hatten wiederholt mit Guerilla-Einheiten zu kämpfen. In der Dominikanischen Republik teilte eine geheime kommunistische Terrororganisation mit, sie habe die Gebäude von zwei grossen ausländischen Firmen in Brand gesetzt und bereite weitere Attentate gegen «fremde Ausbeuter» vor.

Am gewaltsamsten geht es jedoch in *Chile* zu, wo die Partisanen von Norden bis Süden über das Land verbreitet zu sein scheinen. In verschiedenen Städten wurden grosse kubanische Flaggen angebracht; Explosions- und Brand-Attentate ereigneten sich vom 1900 km nördlich von Santiago gelegenen Iquique bis zum 750 km südlich der Hauptstadt gelegenen Temuco.

NEUES AUS DEM

«Fire» ist ein Untergrund-Organ der «Black Power»-Bewegung in Britisch-Honduras. In einer der letzten Nummern wird den Lesern die Frage gestellt: «Haben Sie bemerkt, dass wenn immer eine unserer drei Zeitungen Nachrichten über die Dritte Welt veröffentlicht, diese Meldungen aus der Schweiz (Swiss Press Review), aus den USA oder aus England stammen? Können die Leute, die über Jahrhunderte die Völker der Dritten Welt terrorisiert, brutalisiert, versklavt, unterdrückt und ausgebeutet haben, jetzt irgend etwas Gültiges oder Wahres über diese Völker aussagen?»

Dass weder die Schweiz noch die Vereinigten Staaten Kolonien hatten, ist eine Anmerkung zur fehlenden Informationsbasis dieser Sätze. Gleichzeitig aber zeigen sie auf, dass unsere Presse-

dienste informatorisch wirksam sind. Ein Kompliment, das nicht unter dem Verdacht steht, aus Gefälligkeit gemacht worden zu sein.

Etwa gleichzeitig konnten wir feststellen, dass wir eine wichtige Information an den richtigen Ort vermittelt haben. Ein ehemaliger Mitarbeiter des kubanischen Geheimdienstes, Orlando Castro Hidalgo, der im März geflüchtet ist, hat unter anderm enthüllt, dass ein Dr. Walter Rodney als kubanischer Agent tätig ist. Dr. Rodney, der aus Guayana stammt, war Dozent an einer Universität in Jamaica. Es wurde ihm nach einem Auslandsurlaub die Rückkehr nach Jamaica verweigert. Die Zeitung «Voice» von Jamaica hat nun geschrieben, dass man nach Lektüre eines Artikels in der *Swiss Press Review* (über die Aussagen von Orlando Castro Hidalgo) für diese Visumsverweigerung volles Verständnis habe.

Die SOI-Presse Dienste in englischer, französischer, spanischer und arabischer Sprache werden ihren Bezüglern in Entwicklungsländern gratis zugestellt. In einigen Fällen vermögen sie sich in einer sonst von kommunistischer Propaganda beherrschten Szenerie als einzige andere Diskussionsstimme zu behaupten.

In Kürze

Der Primas von Polen, Kardinal Wyszynski, hat in einem Handschreiben an einen Angehörigen der jüdischen Glaubensgemeinschaft in Polen den vom Gomulka-Regime unter dem Namen des «Antizionismus» geförderten Antisemitismus ausdrücklich verurteilt und dabei insbesondere an die unermesslichen Leiden, Verluste und an die Todesnot der jüdischen Bevölkerung Polens in der Zeit des Zweiten Weltkrieges erinnert. Auch in einer Reihe von Predigten und Hirtenbriefen an die polnischen Katholiken habe der Kardinal die Gläubigen vor den antisemitischen Erscheinungen in der Polnischen Volksrepublik gewarnt.

Der Chef des kubanischen Aussenhandels, Abdo Sato, hat in Algerien den Abschluss eines mehrjährigen Handelsabkommens in Aussicht gestellt, um den gegenseitigen Handel beträchtlich zu steigern.

Eine Delegation der Palästinensischen Befreiungsorganisation befindet sich gegenwärtig auf einer Informationsreise in Lateinamerika, um dort während zweier Monate für die Organisation zu werben.

Im Februar 1946 betrug die Bevölkerungszahl Polens 23,9 Millionen, gegenwärtig 32,6 Millionen. Die Einwohnerzahl nimmt täglich um 685 Seelen zu. Der natürliche Zuwachs betrug 8,7 Promille im Jahre 1968 und 8,3 im ersten Halbjahr 1969, im Vergleich zu 19,5 Promille im Jahre 1955.

Die Bevölkerung Polens wird im Jahr 2000 die Zahl von 38 Millionen voraussichtlich übersteigen. Der Anteil der Stadtbevölkerung stieg von 31,8 Prozent im Jahre 1945 auf heute 51,4 Prozent an. In den Städten wohnen gegenwärtig 16,7 Millionen Bürger, auf dem Lande noch 15,8 Millionen.